

Der Faschismus konnte nur militärisch besiegt werden, ist also heute Pazifismus absurd?¹

Von Andreas Buro und Arno Klönne

„Nur die Waffengewalt der Alliierten hat uns vom Faschismus befreit. Pazifistische Politik hätte Hitler nicht stoppen können.“ So oder ähnlich formuliert, wird heute Pazifisten argumentativ entgegen getreten, wenn sie sich gegen militärische Zugriffe und für zivile Konfliktbearbeitung einsetzen. Dabei bedient sich diese Behauptung der Deutung einer spezifischen historischen Situation, um aktuell eine Begründung für militärische Gewalt als unabdingbare Voraussetzung für eine freie und demokratische Entwicklung zu liefern.

Die Argumente lauten etwa so:

- Die west-östlichen alliierten Streitkräfte haben 1945 Hitler-Deutschland (und Japan) besiegt und zur Kapitulation gezwungen. Dieser militärische Sieg und die ihm folgende Befreiung sei der Beweis dafür, dass man starkes Militär benötige, um Diktatoren nieder zu ringen und die von ihnen unterdrückte Bevölkerung zu befreien. Die demokratische Staatsform, die wir heute in Deutschland haben, beruhe auf der militärischen Befreiung durch die Alliierten.
- Dieses Erklärungsmodell kann leicht in andere historische Situationen versetzt werden. Fürsten, Feldherren, Seeräuber und War Lords, die ihre Reproduktion oder Expansion militärisch betreiben, lassen sich demnach nur von ihren Zielen abhalten, wenn „gute“ Soldaten in ausreichender Stärke ihnen entgegen treten, sie notfalls präventiv um ihre Macht bringen. Denn „Nur das Schwert hält das Schwert in der Scheide“! Militär in Demokratien sei demnach der Hüter des Friedens und Kohl habe grundsätzlich Recht mit dem Ausspruch: „Die Bundeswehr ist die größte Friedensbewegung“.
- Pazifistische Bewegungen könnten Aggressoren nicht abwehren. Sie führten nur zu einer einseitigen Schwächung und ermunterten so gewalttätige Regime, die geschwächten Länder anzugreifen. Pazifismus sei demnach kriegsfördernd. Die erfolglose Appeasement-Politik der britischen Regierung unter Chamberlain gegenüber dem national-sozialistischen Hitler-Regime habe dies eindeutig bewiesen.

Die hier kurz skizzierten Argumente mit ihrem historischen Hintergrund wurden auch eingesetzt, um die Angriffe der NATO auf Jugoslawien und dann der USA sowie Großbritanniens auf den Irak zu legitimieren; ein „neues Auschwitz“ habe verhindert, ein „neuer Hitler“ entwapfnet werden müssen.

Anzumerken ist: Die gedankliche Vorgehensweise der meisten Pazifismus-Kritiker ist sehr fragwürdig. Vorhandene Verhältnisse in der Weltgesellschaft werden als „gegeben“ betrachtet und hingenommen. Wenn dann gewaltträchtige Probleme auftreten, wie Terrorismus, gescheiterte Staatlichkeit, Bedrohlichkeit von Waffenpotenzialen „in falschen Händen“ wird, wenn die Konstellation der Kräfte es erlaubt, militärische Intervention als notwendig ausgegeben. Wer dies nun unter Kritik stellt, wie Pazifisten es tun, zieht sich den Vorwurf zu, dem Inhumanen „tatenlos“ zuzusehen. Nicht gefragt wird jedoch nach der Vorgeschichte des Bedrohlichen – die Betrachtung wird auf eine Momentaufnahme verkürzt.

Diese Verkürzung geschieht nicht versehentlich, sondern hat Methode. Wird doch durch sie ausgeblendet, dass die „schurkischen“ Gewaltpotenziale in aller Regel nicht in den jeweiligen Län-

¹ Wir danken Volker Böge für Kritik und Anregungen

dem eigenwüchsig zustande gekommen sind. Sie sind vielmehr meist „Systemimporte“ aus angeblich zivilisierten Staaten und durch deren Machtinteressen bedingt. Afghanistan und der Irak sind hierfür jüngste Beispiele. Diese Art der „Globalisierung von Gewalt“ wird bis heute systematisch auch durch den Handel mit Rüstungsgütern weiter betrieben.

Das Grundmuster der pro-militärischen Argumentation hat bestimmte, meist nicht ausgesprochene Voraussetzungen, die zu überprüfen sind

1. Eine gängige Unterstellung ist, es gäbe „böses“ und „gutes“ Militär. In der Regel erklärt jedoch jede Seite, die Militär einsetzt, ihren Einsatz als legitim und gerecht. Zahllose historische Dokumente und die vielen Kriegerdenkmale legen davon Zeugnis ab. Die Geschichte zeigt jedoch, dass Militär sowohl der Verteidigung wie der Eroberung dient. Diese Ambivalenz wird am besten in dem vom Militär geprägten Satz ausgedrückt. „Der Angriff ist die beste Verteidigung.“ Zum Charakter von Kriegen schreibt der preußische General und Militärtheoretiker *Carl von Clausewitz (Vom Kriege, Bonn 1966, S. 92)*: „*Der Krieg ist ein Akt der Gewalt und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen; so gibt jeder dem anderen das Gesetz, es entsteht eine Wechselwirkung, die dem Begriff nach zum Äußersten führen muss.*“

Man muss also die Schlussfolgerung ziehen, dass es kein „gutes“ und kein „böses“ Militär gibt, sondern nur ein gewalttätiges Militär. Selbst die edelsten Ziele, seien sie denn das wirkliche Motiv einer Militäraktion, verkommen in aller Regel zu schwersten Verletzungen der Menschenrechte. – Es stellt sich damit die Frage nach dem trotz schrecklicher Folgen „gerechten Krieg“.

2. In der pro-militärischen Argumentation wird, was den zweiten Weltkrieg angeht, ferner mehr oder weniger deutlich unterstellt, die west-östlichen Alliierten hätten den Krieg gegen Hitler-Deutschland und Japan nicht nur als Verteidigung gegen den faschistischen Angriff geführt. Der Krieg in Europa sei auch geführt worden wegen der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Faschisten und allgemein wegen der mörderischen Grausamkeit gegenüber der Bevölkerung der von der faschistischen Koalition eroberten Länder oder gar, um den faschistisch beherrschten Gesellschaften die Demokratie zu bringen. Es wäre also der west-östlichen Koalition neben der Verteidigung auch um die Befreiung faschistisch unterdrückter Völker gegangen. Trifft dies zu, oder diente der Krieg ganz anderen Interessen?
3. Eine weitere, meist unausgesprochene Prämisse geht in die obigen Argumentationen ein: „wehrloser Pazifismus“ würde enorme, ja unerträgliche Verluste und dauerhafte Leiden verursachen. Die Opfer der „gerechten“ Kriegführung müssten demgegenüber als vergleichsweise gering, unvermeidlich und sogar als „ehrentoll“ akzeptiert werden.
4. Ferner wird von einem ganz unhistorischen Pazifismus ausgegangen, der in einer äußerst kriegerischen Welt sämtliche Gewaltbestrebungen aufheben können müsste, um erfolgreich zu sein. Selbstverständlich mag es die Anschauung unter idealistischen Menschen geben, man müsse nur friedlich sein, dann seien auch die anderen friedlich. Ist damit aber pazifistisches Bemühen in historischer und in aktueller Perspektive in seiner Substanz erfasst?

Zu 1: Die Frage des „Gerechten Krieges“

- 1.1 Herrschaftssysteme haben in der bisherigen Geschichte fast immer letztlich mit militärischer Gewalt ihre Interessen verfolgt. Waren sie damit erfolgreich, bekamen die Herrscher den Beinamen „der Große“, erlitten sie Niederlagen, wurden sie eher als schurkisch oder als un-

fähig angesehen. Bewaffnung wurde häufig zum Angriff verwendet, wenn sich Siegeschancen ausrechnen ließen. Zur Legitimation solcher Angriffe wurde allerdings häufig das Argument der Durchsetzung von „gerechten“ Ansprüchen oder hehren Zielen vorgetragen. Weitere Rechtfertigungen waren die der angeblich erforderlichen Verteidigung gegen Bedrohungen und möglicherweise bevor stehende Angriffe von außen, denen man vorbeugen müsse. Das Wort „Der Angriff ist die beste Verteidigung“ bringt dies auf den Punkt. Militär war und ist immer ein „dual-use“-Instrument für Angriff und Verteidigung. Im Grundgesetz der Bundesrepublik ist freilich nur Verteidigung vorgesehen.

1.2 Da die tatsächlichen Ziele der Kriegspolitik in der Gesellschaft entweder nicht ausreichend mit Akzeptanz rechnen konnten oder von der Art waren, dass man sie besser nicht öffentlich machen wollte, bedurfte es zusätzlicher Legitimationsideologien, um die Hirne und Herzen der Menschen für den militärischen Kurs zu gewinnen. Diese stützen sich – unter welchem Namen auch immer, ob als Kreuzzug oder „humanitäre Intervention“ – im Kern immer wieder auf die Behauptung eines „Gerechten Krieges“.

1.3 Der in der europäischen Tradition zunächst theologisch begründete Begriff des „Gerechten Krieg“ geht auf das 4. Jahrhundert zurück, als kirchliche und weltliche Macht sich einander zuwandten. Dabei wurde die urchristliche Verweigerung des Kriegsdienstes zum Störfaktor. Das Konstrukt des „Gerechten Krieges“ sollte die Christen zur Teilnahme am Krieg veranlassen und sie dazu bringen, ihre pazifistischen christlichen Grundsätze zu verlassen. Die Kirche ermöglichte durch den Begriff des „Gerechten Krieges“ den Christen, das Morden im Krieg mit ihrer Religion vereinbaren zu können. Schon 314 belegte die Synode in Arles die Fahnenflucht mit der Strafe des Ausschlusses von den Sakramenten. (Konstantinsche Wende) „In dem Maß, in dem der Kaiser der Kirche Anteil an der politischen Macht vermittelte, mit deren Hilfe sie ihren Monopolanspruch durchsetzen und die Häretiker zurückdrängen konnte, erwartete er auch von der Kirche die Legitimation und Unterstützung seiner Machtausübung. Diese veränderte Situation wird in der Lehre vom ‚Gerechten Krieg‘ verarbeitet.“ (s. Evang. Staatslexikon, Stuttgart 1987, 3.Aufl., S.1873/4) Das Konzept von der Möglichkeit des „Gerechten Krieges“ hat also von Beginn an den Charakter einer Legitimationsideologie.

1.4 Augustin und die scholastische Theologie entwickelten die Lehre vom „Gerechten Krieg“ und nannten folgende Bedingungen:

- Legitimität der (eigenen) Regierung
- Gerechter Grund, da ein anderer das Recht gebrochen hat
- Wiederherstellung des Friedens als Ziel
- Es darf nicht darum gehen, den Gegner zu vernichten, sondern ihn in die Rechtsordnung einzubeziehen
- Der Schaden durch den Krieg darf nicht größer sein, als das Übel, das beseitigt werden soll.
- In der historischen Wirklichkeit blieb von diesen Bedingungen nicht viel übrig. Heute distanzieren sich in Deutschland viele christliche TheologInnen vom Begriff des „Gerechten Krieg“. Die Grundlegitimation von Militär wird dadurch jedoch auch auf Seiten der Kirchen sonderbarerweise nicht angetastet.

1.5 Implikationen des „Gerechten Krieges“

A. Darf man – „Kollateralschäden“ in Kauf nehmend - Menschen töten und ihre Lebensgrundlagen, also die Infrastruktur ihres Landes, zerstören, um die Rechte anderer Menschen zu retten? Nach einem Vortrag zum Kosovo-Krieg fragte eine Frau: „Bei wieviel jugoslawischen Toten hört der ‚Gerechte Krieg‘ auf, gerecht zu sein? Eine entlarvende Frage!

- B. „Das Ziel rechtfertigt die Mittel“. Dieser weit verbreitete Gedanke ist zutiefst inhuman. Die Mittel haben einen bestimmenden Einfluss auf die erreichbaren Ziele. Freiheit kann eben nicht durch eine Diktatur errungen werden. *„Offenkundig schaffen hehre und berechtigte Ziele, wie zu früheren Zeiten christlich formulierte, ein gutes Gewissen, das dem Gebrauch der Mittel freien Lauf lässt. Frantz Fanon hat dies vor Jahrzehnten mit seiner Folgerung aus der durch und durch berechtigten Forderung nach der unverkürzten Emanzipation der kolonisierten Völker vorgeführt. Indem er das Gewaltmittel freigab, gab er ein Gutstück der Emanzipation preis. Die Maxime aber lautet: Je höher die Ziele, und menschenrechtliche sind unseres Erachtens die höchsten, desto strenger muss mit den Mitteln verfahren werden. Menschenrechtliche Ziele fordern pazifistisch orientierte Mittel: ein Drittes gibt es nicht. Auch in einer Welt voller Uneindeutigkeiten und Ambivalenzen gibt es eine Reihe von human sozialen Gewissheiten. Dies ist eine davon.“* (W.-D. Narr/ R.Roth/ K.Vack: *Wider kriegerische Menschenrechte. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift*, Köln 1999, S. 99)
- C. Die Orientierung auf das Konstrukt des „Gerechten Krieg“ hat zur Folge, dass man seine Aufmerksamkeit nicht auf präventive Friedenspolitik richtet, sondern auf den möglichen Einsatz militärischer Mittel. Gesellschaftliche Ressourcen werden für Rüstung, nicht aber für die rechtzeitige Konfliktlösung verwandt. Braucht man also, selbst wenn Militäreinsatz angeblich nur das letzte Mittel sein soll, kriegerischen Zugriff, um humanitär zu intervenieren, so schafft man damit eine Dauerlegitimation für Aufrüstung und Militär, die andere Staaten als bedrohlich und destabilisierend empfinden. Dieser Mechanismus unterstützt auch eine Eigendynamik der „internationalen Rüstungswirtschaft“ – als eines Zusammenhangs von Geschäftsinteresse, Bedrohungsszenarien, militärtechnischen Innovationen, von „Erprobung“ unter „realistischen Bedingungen“ und Verbrauch von Waffen, um kontinuierlich immer neue Rüstungsgenerationen hervor zu bringen.
- D. Kriegerisch intervenieren kann man nur mit überlegenen Kräften. Dies hat zur Folge:
- Das Militär muss ständig qualitativ aufgerüstet werden, um diese Überlegenheit zu sichern.
 - Das führt zu einer Militarisierung der Außenpolitik, die sich nun stets auf das Militär als letztes Mittel beziehen kann. Damit verschiebt sich auch die Zielsetzung der Konfliktbearbeitung: Militärische Intervention zielt auf Sieg und Niederlage, während zivile Konfliktbearbeitung Verständigung und erneute Kooperationsbereitschaft zu erreichen sucht.
 - Verhandlungen im Zeichen der Militärpolitik werden zur Durchsetzung von Positionen geführt, aber nicht, um Kompromisse zu finden: „Und bist Du nicht willig, so brauch‘ ich Gewalt“ ist die Devise. Die Verhandlungen der NATO in Rambouillet im Vorfeld des Krieges gegen Jugoslawien geben dafür drastisches Anschauungsmaterial.
 - Militärische Intervention steht unter dem Zwang der Starken, siegen zu müssen, koste es, was es wolle. Andernfalls würden die Interventionskräfte als Papiertiger erscheinen. Auch das war im NATO-Jugoslawien-Krieg zu beobachten.
 - Insgesamt lässt sich sagen, dass aus diesem ideologischen Boden die Quelle des Militarismus kräftig sprudelt. Militarismus ist hier gemeint im Sinne der Ausrichtung wichtiger ideologischer, ökonomischer und technologischer Elemente der Gesellschaft auf gewalttätige Formen der Austragung internationaler und innernationaler Konflikte – mitsamt dem Demokratieverlust, der dabei anfällt.
- E. Der „Gerechte Krieg“ kann nur gegenüber vermutlich schwächeren Staaten und nicht gegenüber starken Staaten geführt werden. Wer könnte in der Gegenwart schon militärisch in Rußland, in USA oder China oder anderen Atomwaffen-Staaten intervenieren? Der „Gerechte Krieg“ wird damit zum Herrschaftsinstrument der großen und militärisch besonders potenten

Staaten. Wenn aber militärische Aufrüstung und gar der Besitz von Atomwaffen belohnt wird, wer will dann noch abrüsten?

- F. Um glaubwürdig zu sein, muss das Konstrukt des „Gerechten Krieges“ ständig durch behauptete Fakten legitimiert werden.
- Sind keine „Beweise“ vorhanden, so müssen sie erfunden werden. Es besteht somit der ständige Drang zur Verbreitung von Falschdarstellungen und Lügen. Dies war im Irak- und im Kosovo-Krieg reichlich zu beobachten. Scharping erfand einfach ein Konzentrationslager und den Hufeisen-Vertreibungsplan. Legitimierende Momente können auch durch Dramatisierungen produziert werden. So sprach Außenminister Fischer in Bezug auf den Kosovo von Auschwitz.
 - Solche irreführenden Darstellungen verhetzen die Bevölkerung und schaffen psychische Feindbilder vom Gegner (Pentagon-Begriff des Schurkenstaates), dem alles Schlechte angelastet wird. Außerdem verstellen sie den Blick auf die wirklichen Verhältnisse und führen zu einem Realitätsverlust.
 - Menschenrechtspostulate werden missbraucht und in Kampfinstrumente zur Diffamierung des potentiellen Gegners umgeschmiedet.
- G. Wo sind eigentlich die „guten“ Staaten, die tatsächlich zur Sicherung der Menschenrechte und nicht aus ganz anderen Interessen militärisch intervenieren? Ein Blick auf das vergangene Jahrhundert oder selbst nur auf dessen letzte Hälfte macht ratlos.

Fazit: Ein Wechsel der Mittel bei Konfliktlösungen vom militärischen zum zivilen Instrumentarium erscheint menschenrechtlich geboten. Die Mittel müssen menschenrechtlichen Kriterien entsprechen. Einen ‚Gerechten Krieg‘ gibt es nicht.

Zu 2: Kriegsziele der Alliierten im Zweiten Weltkrieg

- 2.1 Die beiden Weltkriege des vorigen Jahrhunderts waren imperialistische Konkurrenzkriege, in denen „verspätete“ Industrienationen versuchten, ein koloniales/neokoloniales Imperium für sich zu gewinnen. Im ersten Weltkrieg trifft dies insbesondere für Deutschland zu. Im zweiten Weltkrieg traten Italien und Japan als Bündnispartner an die Seite des Deutschen Reichs. Dieser Versuch stieß auf die Abwehr der imperialen Altbesitzer und großen Kolonialmächte, insbesondere Englands und Frankreichs. Er verstieß ferner gegen die Interessen der USA, Weltmarktöffnung und -offenheit für ihre auf Wachstum angewiesene Industrie durchzusetzen. Die von den imperial nachholenden Staaten angestrebten neuen Imperien, sei es in Osteuropa, Afrika oder in Asien, sollten protektionistisch abgeschottet werden und damit andere Industrieländer, nicht zuletzt die USA, wirtschaftlich ausschließen. Das war der Kern des Konflikts, um den herum sich selbstverständlich noch viele Nebenziele der verschiedenen Akteure rankte
- 2.2 Die alten europäischen Imperialmächte, aber auch die USA, hatten ihre Kolonien und Einflussgebiete mit großer Brutalität und Menschenverachtung erobert und regiert. Genocide, direkt oder strukturell betrieben, begleiteten Eroberung und Ausbeutung. Das begann beim Sklavenhandel, führte über Massenausrottung der nord- und südamerikanischen Urbevölkerung, zeigte sich in der spanischen, portugiesischen, französischen, belgischen, holländischen und englischen Kolonialpolitik auf vielen Kontinenten und mündete in die Brutalitäten, die eine Befreiung von den Kolonialmächten verhindern sollten. Man kann also nicht von friedfertigen Nationen sprechen, die in den beiden Weltkriegen angegriffen wurden. Zivilisatorische Fortschritte und brutale Machtpolitik schlossen und schließen sich nicht aus.

- 2.3 Der Kriegszielsetzung nach bestand eine Kontinuität zwischen dem deutschen Kaiserreich und seinem Militarismus und dem zu allem entschlossenen Hitler-Deutschland, das alle Kräfte für den Krieg faschistisch bündelte. Das nationalsozialistische Regime hatte seine spezifischen Herkünfte in deutschen Traditionen, Ideologien und Kräfteverhältnissen und seine Singularität in der staatlich organisierten rassistischen Vernichtungspolitik. Doch der Weg des Nationalsozialismus zur Macht und in den Krieg verlief nicht in einer „pazifistischen“ Umwelt anderer Nationen. Er war vielmehr eingebettet in eine Weltlage, in der imperialistische Zugriffe und militärische Aggressionen weithin als normal galten – dies entgegen allen Hoffnungen, die sich auf den „Völkerbund“ richteten. Opfer der deutschen, faschistischen Imperialpolitik sollten insbesondere Polen und die Sowjetunion sein. In Rußland war durch die Revolution 1917 ein Systemwechsel eingetreten, durch den innergesellschaftliche soziale Klassenkämpfe eine internationale Dimension bekamen. Vermeintlich hatte die Arbeiterklasse nun, vertreten durch das „Vaterland der Werktätigen“, auf der internationalen Ebene mitzureden, und das in der Zeit der 1930er Jahre, in der die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften durch die Weltwirtschaftskrise innenpolitisch äußerst gefährdet erscheinen mussten. Nicht zuletzt durch die Macht- und Militärpolitik und die militärischen Interventionen der großen kapitalistischen Industriestaaten während der russischen Revolution hatte die Militarisierung der Sowjetunion einen beträchtlichen Anstoß erhalten. Es gab also zwei Feinde der westlichen Alliierten: Den imperial-expansiven Faschismus mehrerer Nationen unter deutscher Führung und den sowjetisch-expansiven bürokratischen Sozialismus, der ein Interesse haben musste, sein System zu exportieren, um seine eigene Machtbasis abzusichern. Faschismus wie Sowjetismus waren beide sehr brutal in der Durchsetzung ihrer Ziele.
- 2.4 Wer in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts spekuliert hatte, Faschismus und Sowjetismus würden sich gegenseitig so vernichtend bekämpfen, dass anschließend die Hegemonie der westlich-kapitalistischen Staaten wieder hergestellt wäre, wurde zunächst durch die militärischen Erfolge der faschistischen Staaten enttäuscht. Die West-Mächte rüsteten auf und nahmen sich den im Augenblick weniger gefährlichen Feind zum Kriegspartner, nämlich die Sowjetunion. Mit einer Politik der Menschenrechte hatte dies nichts zu tun, sondern mit Machtkalkül. Durch den Eintritt der USA in den Krieg konnte auch endlich die wirtschaftliche Stagnation überwunden werden, was die New Deal Policy des US-Präsidenten Roosevelt nicht erreicht hatte.
- 2.5 In den 30er Jahren rüsteten die faschistischen Staaten, und insbesondere Deutschland mit aller Macht auf. Frankreich, England und die USA, die Sieger des vor eineinhalb Jahrzehnten zu Ende gegangenen Ersten Weltkrieges reagierten darauf zum Teil mit erheblicher Verzögerung durch eigene Aufrüstungsschritte. Nationale Differenzen blockierten entschlossene Schritte des Völkerbunds. Als die Aufrüstung Deutschlands weit voran geschritten war, praktizierten England und Frankreich die so genannte Appeasement-Politik, eine Politik der Besänftigung Hitler-Deutschlands bei gleichzeitiger Hinnahme der Vertragsbrüche und Aggressionen, die von ihm ausgingen. Diese Periode wird oftmals fälschlicherweise als eine erfolglose pazifistische Politik bezeichnet. Sie zeige das Versagen pazifistischer Politik gegenüber rücksichtslosen Gewaltregimes. Die Wahrheit ist jedoch, dass es damals keine pazifistische Politik gegeben hat. Es gab nur eine Politik ehemaliger Siegermächte, die sich in Bezug auf die Bereitschaft ihrer faschistischen Gegner zur Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges verkalkuliert hatten – oder vielleicht hofften, dass die geballte Macht Deutschlands sich nach Osten entladen würde.
- 2.6 Von den West-Ost-Alliierten wurden vor und während des Krieges so gut wie keine Anstrengungen unternommen, die vom Faschismus verfolgten Juden, Roma, Sinti, politischen Gegner des Faschismus und andere Verfolgte zu retten. Ein Befreiungskrieg für sie wurde nicht geführt. Dies gilt auch für die sowjetischen Truppen, die im Rahmen ihres Vormarsches

nach Deutschland die SS-Henker von Auschwitz vertrieben. Die so genannte „Befreiung vom Faschismus“ war also eine siegreiche militärische Reaktion auf einen imperialen Gegner gefährlichster Art, die sich aller Vernichtungsmittel der damaligen Kriegsführung bis hin zur gerade neu entwickelten Atombombe bediente. In Deutschland und Japan, in denen sich keine breite in der Bevölkerung verankerte anti-faschistische Widerstandsbewegung entwickelt hatte, wurde der Sieg der Alliierten überwiegend durchaus als eine Niederlage und nicht als eine Befreiung erlebt. Man hatte einen Krieg mit fürchterlichen Opfern auch auf der eigenen Seite verloren. Man muss leider davon ausgehen, dass in diesen Ländern einem siegreichen Faschismus von der Bevölkerung zugejubelt worden wäre, selbst wenn dieser andere Völker weiter grausam unterdrückt und entrechtet hätte.

2.7 Kriege bewirken nicht nur „Kollateralschäden“, sie haben auch „Kollateralnutzen“. Es kann sein, dass belagerte Städte und Zonen entsetzt, eroberte Gebiete/Staaten befreit und Besatzungsregime zerschlagen werden. Die Befreiung Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks, Norwegens, von Teilen der Sowjetunion, Jugoslawiens, Griechenlands, Polens und so weiter von der faschistischen, deutschen Besatzung ist in ihrer Bedeutung für die Menschen dieser Länder nicht hoch genug einzuschätzen. Ein solcher „Kollateralnutzen“ kann allerdings nicht zur Legitimation eines kriegerischen Grundmusters von Politik erhoben werden, und zwar aus zweierlei Gründen: Erstens haben militärisch ausgerichtete Politik und der daraus folgende Krieg erst zu den Besetzungen geführt, die später kriegerisch beseitigt wurden. Zweitens stehen „Kollateralschäden“ zu den „Kollateralnutzen“ in einem eklatanten Missverhältnis. Argumente zugunsten von Kollateralnutzen setzen stets voraus, dass die präventive friedliche Lösung von Konflikten historisch verfehlt wurde – eben weil keine pazifistische Politik betrieben wurde.

Zu 3: Die „Kosten“ des Zweiten Weltkrieges

3.1 Der zweite Weltkrieg hatte mit vermutlich etwa 50 bis 60 Millionen Toten und riesigen Zerstörungen der Infrastruktur für menschliches Leben in vielen Teilen der Welt ungeheure „Kosten“ zur Folge. Er hat ferner das technische Niveau der Kriegsführung auf eine bisher nicht gekannte Höhe der Zerstörungskraft und der gegenseitigen Bedrohung gehoben. Er schuf damit die Voraussetzungen für barbarische Zerstörungen in den Folgekriegen des West-Ost-Konflikts und für die Welt weite Verschwendung von Ressourcen, die nicht mehr der Entwicklung menschlichen Wohlstandes zur Verfügung standen und stehen.

3.2 Bald nach 1945 aktualisierte sich der Gegensatz zwischen den westlichen und dem östlichen Alliierten des zweiten Weltkrieges. Der West-Ost-Konflikt mit dem Kaltem Krieg in Europa, nuklearer Overkill Abschreckung und vielen heißen Stellvertreterkriegen in der ganzen Welt – die Kriege in Korea, Vietnam und Afghanistan sind Zeichen dafür im Bewusstsein vieler Menschen geworden - nahm die Feindseligkeit zwischen den bürgerlich-kapitalistischen und den ‚real-sozialistischen‘ Gesellschaftssystemen aus den 20er und 30er Jahren erneut auf. Die sowjetische Planwirtschaft ließ in ihrem Bereich keine sich globalisierende Marktwirtschaft, also keine ungehinderte Kapitalexpansion, zu. Eine Überwindung zentraler Konflikthalte zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“ wurde also durch den Krieg und die angebliche „Waffenbrüderschaft“ nicht erreicht. Die ungeheuerlichen Kosten des dem Zweiten Weltkrieg folgenden Ost-West-Konflikts müssen den Gesamtlasten imperialer Macht- und Militärpolitik des 20. Jahrhunderts hinzu gerechnet werden.

3.3 Der wieder aufbrechende West-Ost-Konflikt war auch die Voraussetzung für die deutsche Teilung mit der folgenden West- und Osteinbindung der jeweiligen deutschen Staaten. Die Bundesrepublik wie die DDR hatten im neuen Kampf des West-Ost-Konflikts mit ihrem in-

dustriellen und geostrategischen Potential jeweils an der Seite der Kontrahenten zu stehen. Das hatte auch sozialpsychologisch enorme Kosten. In Westdeutschland konnte die Grundtendenz der faschistischen Legitimationsideologie für den Kampf gegen die Sowjetunion - möglichst unausgesprochen - beibehalten und in den Kalten Krieg überführt werden. Dem entsprach, dass zum großen Teil die ehemaligen faschistischen Eliten in ihren gesellschaftlichen Positionen weitgehend ungestört verblieben. Die Gründe für den Hitler-deutschen Kampf gegen den „Westen“ mussten nicht mehr untersucht und konnten verdrängt werden, denn Westdeutschland war ja nun mit seinen ehemaligen Gegnern in der neuen Waffenbrüderschaft der NATO gegen den „Osten“ verbündet. Die DDR und ihre Bevölkerung hingegen wurden dem sowjetischen Dogmatismus und der damit verbundenen Repression unterworfen.

- 3.4 Niemand kann sagen, welche Ergebnisse eine rechtzeitige und präventive pazifistische Politik, die nach den mörderischen Erfahrungen des Ersten („modernen“) Weltkrieges 1918 hätte einsetzen müssen, gehabt hätte und ob durch sie die Durchsetzung des Faschismus hätte verhindert werden können. Unvorstellbar ist dies nicht. Es ist nicht einmal unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, an welchen dünnen Fäden die Machtergreifung des deutschen Nationalsozialismus hing und wie leicht sie hätte scheitern können. Der deutsche Nationalsozialismus aber war der Kern der faschistischen Koalition. Ohne ihn wäre ein derartiger imperialistischer Angriffskrieg nicht zu führen gewesen. Die Vorstellung, Geschichte habe stets so verlaufen müssen, wie sie in allen ihren Scheußlichkeiten verlaufen ist, zeugt von gedanklicher Beschränktheit und sie wirkt lähmend, wenn es um politische Alternativen in der Gegenwart geht.
- 3.5 An jeden Krieg und jede Nach- und Vorkriegszeit, so auch an Weltkrieg II und die Zeit zwischen 1918 und 1933, lassen sich Fragen über einen möglichen anderen Verlauf stellen. Sie können selbstverständlich nur hypothetisch beantwortet werden. So z.B. die Frage: Hätte der deutsche Faschismus verhindert werden können, wenn die deutsche Sozialdemokratie 1914 eine anti-militaristische Politik vertreten hätte? Hätte nach 1918 die zunächst bestimmende Sozialdemokratie durch friedenspolitische Entschlossenheit Militarismus und Nationalismus zurückdrängen, Revanchismus verhindern und statt dessen eine Politik der europäischen Kooperation – wie sie nach Weltkrieg II von der Adenauer-Regierung nach Westen hin betrieben wurde – einleiten können? Hätten die siegreichen Alliierten des Weltkriegs I mit einer pazifistischen Politik in diesem Sinne dem Faschismus den Weg zur Macht verlegen können? Fragen über Fragen, die im Nachhinein nicht zu beantworten sind, die aber doch den Blickwinkel für Alternativen erweitern können.

Zu 4: Pazifismus - was ist das eigentlich?

- 4.1 Antimilitarismus bedeutet Protest gegen weltpolitische Verhältnisse, in denen Rüstung und Kriegsbereitschaft das gesellschaftliche Leben bestimmen. Wer massenmörderische Kriege nicht hinnehmen will, wird nach den Chancen einer pazifistischen Politik fragen. Pacem facere ist die Menschheitsaufgabe, den gewalttätigen Konfliktaustrag zugunsten ziviler Konfliktbearbeitung zu überwinden. Die Möglichkeiten hierzu werden von den jeweiligen historisch gesellschaftlichen Konstellationen maßgeblich bestimmt. Wie Konflikte friedlich zu lösen sind, ist also nicht allein ein anthropologisches Problem, sondern auch eines der gesellschaftlichen Systeme und ihrer Formen der Reproduktion. Ein Herrschaftssystem, das vorwiegend auf der Eintreibung von Tributen beruht, und dazu immer wieder Unterwerfung abfordert, wird nicht auf Gewalt verzichten wollen. Entgegen der verbreiteten These, parlamentarische Demokratien seien besonders friedfertig, stellt sich so auch die Frage nach dem systemimmanenten „Gewaltbedarf“ der hoch entwickelten „westlichen“ Länder, deren Wohl

und Wehe von wirtschaftlicher Expansion abzuhängen scheint - und zugleich die nach den Spielräumen für zivile Konfliktbearbeitung.

- 4.2 Pazifisten können nicht damit rechnen, dass die Welt von heute auf morgen auf Waffen verzichtet. *Pacem facere* heißt deshalb, die Welt in einem Prozess dem friedlichen Konfliktaustrag näher zu bringen. Das verlangt realistische Konzepte, um Umschwünge von der gewalt-sam-militärischen zur zivilen Konfliktbearbeitung zu erreichen. Dabei gehen Pazifisten von der Annahme aus, dass dieser Prozess innerhalb der gegenwärtig global dominierenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung beginnen muss. Es geht also um Systemkritik und zugleich um systemimmanente Spielräume, in denen sich Politik für den Frieden zu bewegen hat.
- 4.3 Pazifistische Politik ist auf Kriegsvermeidung, auf den rechtzeitigen (präventiven) Abbau von Konfliktursachen und die Deeskalation spannungsreicher Situationen gerichtet. Sie ist nicht zuletzt „methodische“ Politik durch Festlegung von Verfahren, Normen, Institutionen und Strategien des zivilen Umgangs mit Konflikten. Dies ist als ein gradueller Prozess in vielen Schritten – mit möglichen Rückschritten – zu verstehen. Pazifisten warten nicht auf eine heile und friedliche Welt ohne Waffen und Bedrohung, sondern versuchen auf allen Ebenen Prozesse der zivilen Konfliktbearbeitung und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu fordern und zu fördern.
- 4.4 Es gilt dabei, sowohl gesellschaftliches Bewusstsein zu verändern, als auch die Politik der Staaten. Diese sind nach wie vor die wichtigsten, wenn auch nicht die alleinigen Träger von Aufrüstung, Kriegsdrohungen, Verherrlichung militärischer Gewalt und militärischer Unterdrückung. Sie sind vorherrschend in fast allen wichtigen internationalen Gremien wie den UN, OSZE, IWF, Weltbank, WTO usw. Die in den staatlichen Handlungen sich ausdrückenden Interessen sind oft nicht identisch mit den Interessen der jeweiligen Gesellschaften und ihrer Bevölkerungsmehrheiten.
- 4.5 Pazifistische Politik wendet sich gegen den weiteren Ausbau von Militärpotentialen und fordert Abrüstung, weil sie sich der Eigendynamik des militärischen Aufbaus und seiner Machtoptionen bewusst ist. Am Beispiel der unipolaren Militärmacht USA, ihrer Militarisierung der Außenpolitik und ihrer globalen Durchsetzungsansprüche auf dem Hintergrund von Kriegsbereitschaft wurde diese Problematik gegenwärtig in der Auseinandersetzung um den Angriffskrieg gegen den Irak nur allzu deutlich.
- 4.6 Pazifistische Politik „von unten“ besteht also darin, ausgehend von dem weltgesellschaftlichen Entwurf friedlichen Konfliktaustrages, die Wege aufzuzeigen, auf denen aus der Gesellschaft heraus diesem Ziel näher gekommen werden kann. Dieses auch, um graduell einen Kurswechsel staatlicher Politik in Richtung zivile Konfliktbearbeitung zu erreichen. Nicht nur manifeste Gewalt, sondern auch strukturelle Gewalt stellt den friedlichen Konfliktaustrag in Frage. Sie muss als eine Ursache von manifester Gewalt in den auszuarbeitenden Konzepten mit bedacht werden. Diese Sichtweise verbindet Friedensbewegung und Globalisierungskritiker.
- 4.7 Pazifistische Konzepte müssen für verschiedene Sektoren, in denen Friedenspolitik vorankommen kann, entwickelt werden. Die wichtigsten sind:
 - Präventive Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) an möglichst vielen Orten der Erde. Bereitstellung der erforderlichen Mittel, die für ZKB benötigt werden, vorwiegend durch Abbau von Militär und Rüstung: Kapazitäten von Zivilen Friedensdiensten für Arbeit vor Ort im In- und Ausland und für Vermittlungs- und Rechercheaufgaben z. B. für OSZE und UN. Es besteht ein eklatantes Missverhältnis von Ausgaben für Militär zu Friedensaufgaben. Kofi Annan fragte deshalb einmal angesichts der fast 1000 Mrd. Dollar für

Militärausgaben: „... sollten wir nicht wenigsten 1-2 Mrd. für Friedenssicherung ausgeben?“

- Internationales Recht, Internationale Regime und Institutionen mit der Aufgabe der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und der Bearbeitung von Konfliktursachen. Hier können Pazifisten auch an dem Begriff der ‚Weltinnenpolitik‘ anknüpfen.
- Regionale Integrationen: EU, Ausbau der OSZE im Sinne einer europäischen Friedensordnung, aber auch Stabilitätspakte für bestimmte Regionen als Vorstufen für Befriedung und Aussöhnung. Einen Beleg für die Möglichkeit der zivilen Bearbeitung von Konflikten zwischen Staaten stellt die heutige EU dar – was ihren Binnenraum betrifft. Keiner kann sich vorstellen, dass zwischen den EU-Staaten Kriege geführt werden. Nach außen hin betreibt allerdings die EU keine Politik, die dem Krieg abgesagt hätte.
- Akzeptanz für ZKB in den Gesellschaften und eine Kultur des Friedens. Hierzu gehört auch Sozialisationsarbeit und Friedenspädagogik um eine kooperative Lösung von Konflikten im innergesellschaftlichen Bereich einzuüben. Hierzu gehört es auch, gegen nationalistische und rassistische Tendenzen anzugehen.
- Abrüstungskontrollsysteme, die über den Weg der Defensivierung der Waffensysteme Bedrohung vermindern und weitere Schritte der Abrüstung und Konversion ermöglichen. Pazifistische Politikkonzepte können sich stützen auf den weltweit anwachsenden Protest gegen die herrschende Militär- und Kriegspolitik.

Schlussbemerkungen zur Ausgangsfrage

- Der Zweite Weltkrieg wurde zur Wahrung vermeintlicher nationaler und zur Durchsetzung imperialer Interessen geführt. Im militärischen Kampf wurden die faschistischen Staaten besiegt. Eine pazifistische Politik zur Verhinderung oder Eindämmung des Faschismus wurde nicht entwickelt und praktiziert. Der geschichtliche „Fall“ lässt deshalb keine Schlussfolgerungen über die Chancen pazifistischer Konzepte präventiver Konfliktbearbeitung und der Vermeidung gewaltsamer Konflikte zu.
- Die Kriegsteilnahme der Alliierten war weder in der Absicht zur Rettung der vom deutschen Faschismus in ihrer Existenz bedrohten Juden und anderer Bevölkerungsgruppen, noch in dem Willen zur Befreiung der Völker von ihren faschistischen Regimes begründet. Es ging teils um militärische Verteidigung, teils um die Niederwerfung des konkurrierenden Machtblocks im Kampf imperialistischer Mächte. Hier kämpfte also nicht das „Gute“ gegen das „Böse“.
- Die Niederlage der faschistischen Achsenmächte bewirkte keineswegs eine pazifistische Umorientierung der Gesellschaften. Da der Krieg bestehende Gegensätze nicht gelöst hatte, kam es im West-Ost-Konflikt zu neuen gewaltträchtigen Zuordnungen Deutschlands (und Italiens) zu NATO und Warschauer Pakt. Diese Blöcke bedrohten sich gegenseitig mit atomarem Overkill und führten Stellvertreterkriege. Auch das Wettrüsten im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg gibt keine Aufschlüsse über Chancen einer pazifistischen Alternative, da diese von keiner Seite versucht wurde. Es führte aber zu extremen Bedrohungssituationen und zur weltweiten Vergeudung von Ressourcen.
- Um noch einmal zur Ausgangsfrage zurück zu kommen: Stellt die Auseinandersetzung zwischen den Alliierten und der faschistischen Koalition im Zweiten Weltkrieg historisches Beweismaterial dar für eine Notwendigkeit heute, weltweit militärische Interventionen vorzunehmen und pazifistische Politik abzulehnen? Die Motive, Abläufe und Folgen des Zweiten Weltkrieges bieten in ihrer historischen Realität keine Begründung für die gedankliche, zeitlose oder aktuelle Konstruktion eines „Gerechten Krieges“. Sie las-

sen sich auch nicht als Wertmaßstäbe heran ziehen für die weltpolitische Situation, in der heute über „präventive“ Militärpolitik zu urteilen ist. Im Zweiten Weltkrieg hatten die Alliierten den militärischen Angriff der faschistischen Achsenmächte abzuwehren. Diese Aggression ging aus dem verhängnisvollen Grundmuster von Weltpolitik hervor, von dem auch die Westmächte und die UdSSR geprägt waren: Krieg als Mittel globaler Umverteilung von Macht. Der Zweite Weltkrieg stand in der historischen Kontinuität brutaler militärischer Interessendurchsetzung. Dass pazifistische Politik nicht einmal versucht wurde, war Teil des internationalen Kontextes, aus dem der Faschismus heran wuchs.

- Pazifismus ist kein kurzfristig wirkendes Wundermittel, um aufeinander zu rasende Militärzüge noch vor dem Zusammenprall zu stoppen. Pazifistische Politik ist langfristig angelegt und anzulegen. Sie zielt graduelle Erfolge an, nutzt aktuell bestehende Spielräume. Aber sie hat nicht weniger im Sinn als einen Bruch mit jenem kriegerischen Grundmuster von Politik, das immer noch als Normalität gilt. Pazifisten meinen: Eines Tages werden Menschen nicht mehr verstehen, wieso ihre Vorfahren so töricht waren, sich in Kriegen gegenseitig umzubringen und global die Lebensgrundlagen zu zerstören.

Wir bedanken uns bei Andreas Buro für die freundliche Veröffentlichungsgenehmigung dieses Artikels.

Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.
Postfach 1145
72497 Gammertingen,
Tel. 07574-2862
E-Mail info@lebenshaus-alb.de
www.lebenshaus-alb.de